



NEWSLETTER, Juli 2023

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
sehr geehrte Damen und Herren und Interessierte,

diese Themen finden Sie heute in unserem Newsletter:

- CCS – Carbon Management Strategie
- LNG (verflüssigtes Erdgas) in Brunsbüttel
- Volksinitiative Rette den Bürgerentscheid
- Vorankündigung Mitgliederversammlung
- Freiwillige Mitgliedsbeiträge

CCS – Carbon Management Strategie

Unter dem Radar der Öffentlichkeit plant die Bundesregierung derzeit mit ihrer Carbon Management Strategie (CMS) einen beispiellosen industriellen Hochlauf von Carbon Capture and Storage (CCS), also des Auffangens und der anschließenden [Speicherung] Verpressung von CO₂-Emissionen im tiefen Untergrund.

Der massive zusätzliche Energieverbrauch durch den Hochlauf der CCS- Technik wird in den vom Bundeswirtschaftsministerium vorgelegten Szenarien nicht explizit berücksichtigt. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die vermeintliche Notwendigkeit von CCS bereits in die Aufgabenstellung zur Szenarienbildung eingeflossen ist. Die einseitige Vorfestlegung auf hohe Industrieemissionen auch nach 2045 und die scheinbare Notwendigkeit der CO₂-Abscheidung und -Verpressung soll dabei die notwendige kritische Reflexion der CMS-Strategie des BMWK verhindern.

Während die Szenarien noch nicht einmal vorgelegt wurden, wird im Entwurf der Novelle des Klimaschutzgesetzes bereits ein Platzhalter für die zu verpressenden CO₂-Mengen gesetzt.

Sowohl in der Carbon Management Strategie, als auch in der Wasserstoffstrategie soll in Deutschland CO₂-neutraler Wasserstoff eine Rolle spielen.

Mit CO₂-neutralem Wasserstoff ist vorrangig „blauer“ Wasserstoff gemeint, der aus Erdgas hergestellt wird und CO₂-Endlager erfordert. „Blauer“ Wasserstoff wird derzeit mit milliardensubventionen gefördert, z.B. über den Aufbau einer LNG-Infrastruktur, während die dezentrale Umwandlung von überschüssigem Strom aus EE in Wasserstoff („grüner“ Wasserstoff) weiterhin administrativ ausgebremst wird. Es geht bei CCS um eine langfristige Zementierung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, zu Lasten der Steuerzahler, der Umwelt, der Menschen und großer Teile von Industrie, Gewerbe und Handwerk.

CCS dient weder der Vermeidung „unvermeidbarer“ Restemission von CO₂, noch dem Klimaschutz, sondern nur der fossilen Energiewirtschaft.

In der dänischen Nordsee wurde jetzt das CCS-Projekt „Greensand“ unter der Führung von Wintershall Dea genehmigt und mit Milliarden Euro subventioniert. Die vorgeschriebene internationale Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wurde trotz Protesten verweigert.

Wir sind vernetzt mit der dänischen Umweltvereinigung NOAH, die in Dänemark gerade erneut (wie schon 2009) ein Netzwerk gegen CCS und einen Widerspruch gegen das Vorhaben Greensand aufstellt.

LNG in Brunsbüttel

In Brunsbüttel ist die FSRU (Schwimmende Speicher- und Regasifizierungseinheit) Hoegh Gannet in Betrieb genommen worden, kann aber nur rund 2 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr einspeisen. Davon werden vor Ort rund 1,5 Mrd. m³ durch die Industrie und Haushalte verbraucht. Zudem steht schon eine Pipeline für den Transport von 3,5 Mrd. m³ Erdgas bereit. Trotzdem wurde die Anbindungsleitung von Brunsbüttel nach Hetlingen genehmigt, für die kein Bedarf besteht, die aber zu 90% von den Erdgasendkunden bezahlt werden muss. Auch dadurch steigen die Erdgaspreise, gerade in Schleswig-Holstein weiter an.

Die FSRU ist nicht nur laut und stört zudem nachts durch massive Lärm- und Lichtemissionen. Die FSRU ist auch sehr dreckig und darf hohe Mengen an Schadstoffen ausstoßen, die weit über den Werten liegen, die nach der Bundesemissionsschutzverordnung zulässig sind. Wir haben sowohl gegen die Lärm-, als auch gegen die Schadstoffemissionen Widerspruch eingelegt und warten auf rechtsmittelfähige Bescheide.

Obwohl es keine Gasmangellage in Deutschland gibt und eine Gasmangellage auch nicht absehbar ist, soll massiv in LNG-Kapazitäten investiert werden, die rund Dreiviertel der Restemissionen an

Treibhausgasen für Deutschland verursachen würden. <https://www.duh.de/Ing/>

Anerkennung als Umweltvereinigung

Vier Jahre und eine beim Verwaltungsgericht in Schleswig eingereichte Klage gegen die Landesregierung hat es gebraucht, bis wir wieder die schriftliche Bestätigung für die Anerkennung als Umweltvereinigung entsprechend unserer aktuellen Satzung erkämpft haben.

Wegen der fehlenden Bestätigung der Anerkennung konnten wir keine Klage gegen die Anbindungsleitung von Brunsbüttel nach Hetlingen einreichen, da unserem Anwalt das Prozessrisiko zu hoch erschien. Zum Glück hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) eine Klage eingereicht.

Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid“

Der schleichende Abbau unserer demokratischen Beteiligungsrechte geht weiter, wenn wir uns nicht wehren.

Deshalb ist unsere Bürgerinitiative Mitglied im Bündnis für diese Volksinitiative. Wir bitten darum, Unterschriftenlisten zu bestellen, Unterschriften zu sammeln und auf die Volksinitiative hinzuweisen.

<https://rettet-den-buergerentscheid.de/>

Hier ist der Link zur Bestellung von Plakaten in A1 über die SPD:

<https://spd.sh/volksinitiative>

Der Omnibus für direkte Demokratie ist zur Unterstützung in Schleswig-Holstein unterwegs:

<https://www.omnibus.org/tourplan>

Wer Lust hat, kann sich dort melden und beim Sammeln unterstützen oder sogar mitfahren.

Vorankündigung Mitgliederversammlung

Am Mittwoch, 20. September, findet wieder eine Mitgliederversammlung mit Wahlen statt.

Wo? in Bergers Gasthof, 25917 Enge-Sande, Dorfstr. 28.

Wann? Beginn: 18:30

Die Einladung und die Tagesordnung folgen im Newsletter August 2023

Freiwillige Mitgliedsbeiträge

Auf der Mitgliederversammlung im November 2018 wurde beschlossen, die Mitglieder der Bürgerinitiative um freiwillige Mitgliedsbeiträge zu bitten. Wir freuen uns sehr darüber, dass unser Aufruf, einen freiwilligen, jährlichen Mitgliedsbeitrag*) zu leisten, gut angenommen wird. Dies gibt uns

mehr Planungssicherheit für kommende Aktionen.

Vielen Dank dafür!

*) Empfehlung: einfache Mitglieder 12 €; Gemeinden 150-300 €; Kreise 1500 €

Der Vorstand

Wir wünschen allen Gesundheit und einen ungebrochenen Kampfgeist für unsere gemeinsame Zukunft. Wir hoffen, dass wir uns zahlreich zu unserer Jahreshauptversammlung wieder sehen können.

V.i.S.d.P.: Dr. Reinhard Knof

Spendenaufruf

Jede Spende hilft!

Für unsere Arbeit, wie z.B. den Druck von Plakaten, Unterschriftenlisten und Flyern und laufende Kosten benötigen wir neben unserem ehrenamtlichen Engagement auch Geld.

Wir bitten deshalb um Spenden, die bis zu einer Höhe von 200 Euro durch den Überweisungsbeleg direkt steuerlich geltend gemacht werden können. Für höhere Summen und auf Wunsch erstellen wir eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt. Überweisungen bitte auf das hier angegebene Konto der als gemeinnützig anerkannten Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. tätigen.

IBAN: DE86 2176 3542 0007 7190 19

BIC: GENODEF1BDS

bei der VR-Bank

Jetzt spenden

Mehr Infos unter:

<http://www.kein-co2-endlager.de/>

<https://www.facebook.com/Kein-CO2-Endlager-175897405789374/>

https://twitter.com/ccs_stoppen

Hinweis: Unsere Newsletter enthalten meistens mehrere Links und werden deshalb von vielen Email-Anbietern als "Spam" markiert. Um dies zu verhindern, setze unsere Email-Adresse

newsletter@keinco2endlager.de auf die Liste vertrauenswürdiger Kontakte. Dann landen die Newsletter nicht im Spam-Ordner, sondern im Posteingang.

[Daten ändern, oder abmelden](#) | [Online ansehen](#)
© Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.